

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Februar 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **FocusOnline: "Leistungsgedanke ist abgeschafft": Ex-Schulleiter rechnet mit Bildungssystem ab**
- **Digitale Geräte, Sprachfähigkeit und Gesundheit**
- **Carl Bosshard: Finnlands Absturz ist ein Weckruf für die Schweizer Bildungspolitik**
- **PISA – Grundsätzliche Einordnung durch Bildungsexperten**
- **Roberto De Lapuente: Wissen ist mehr als verarbeitete Information**
- **Manfred Kölsch: Der Digital Services Act (DSA)**
- **Demokratieförderung?**
- **J. Berger: Aufstand der Anständigen? ... Doppelmoral?**
- **Worum geht es wirklich bei den Bauernprotesten?**
- **Felix Feistel: Sturm im Wasserglas**
- **Georg Maria Vormschlag & Detlef Griesche: Gaza-Kontext: 70 Jahre israelischer Terror**
- **Th. Kaiser: Palästina/Israel: Zwei hochtraumatisierte Bevölkerungen stehen einander gegenüber**
- **Richard Falk: Erklärung des Gewissens und der Besorgnis globaler Intellektueller zum Völkermord in Gaza**
- **Karin Leukefeld: Israel will die UNRWA ausschalten – schuldig – bis zum Beweis des Gegenteils**
- **Patrick Lawrence: Die Palästinenser haben in Den Haag gewonnen**
- **Leo Ensel: Plädoyer für eine parteiübergreifende internationale "Breite Koalition der Vernunft" für Deeskalation im Neuen West-Ost-Konflikt**
- **Würdigung des Journalisten John Pilger**

**Die Erziehung ist das größte Problem und
das Schwierigste, was dem Menschen kann aufgegeben werden.**

Editorial

Wir beginnen mit einem Schwerpunkt zur **Schul- und Bildungspolitik**. Auf FocusOnline rechnet ein Schuldirektor mit den Schulbehörden ab, die **Schülerleistungen** nicht als Stärke seiner Schule anerkennen. Die **Folgen übermäßiger Nutzung digitaler Geräte** stellen Norbert Häring bzgl. der Sprachfähigkeit und Jonathan Haidt bzgl. gesundheitlicher Schäden dar. Die jüngsten PISA-Ergebnisse zeigen laut Carl Bossard ein von PISA selbst initiiertes Nachlassen Vorsprungs von Finnland. **Was grundsätzlich von PISA zu halten ist**, beschreiben mehrere Bildungsexperten seit Jahren.

Dass nicht nur die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) über PISA auf die Bildungspolitik, sondern auch andere nicht demokratisch legitimierte Organisationen wie das WEF (Weltwirtschaftsforum) und die Bertelsmann-Stiftung **auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss nehmen**, zeigt der Beitrag von De Lapuente auf. Zu dieser Einflussnahme zählt auch die Einführung des "Digital Services Acts" auf EU-Ebene, der laut Manfred Kölsch "ein systemisches Risiko für die **Meinungs- und Informationsfreiheit**" darstellt. Der Aushöhlung der Demokratie dient laut Christian Fischer und Norbert Häring die Bekämpfung von oppositionellen Medien, Meinungen und Parteien, was auf nationaler Ebene durch das sogenannte "**Demokratiefördergesetz**" auch staatlich finanziert und vorangetrieben werden soll. Sehr kritisch sieht Jens Berger die derzeit nach Regierungswillen inszenierten **Großdemonstrationen "gegen Rechts"**. Dagegen werden die berechtigten Demonstrationen der Bauern auf nationaler und auf internationaler Ebene in den medialen Hintergrund gedrängt. Die Ursachen und Hintergründe dieser **Bauernproteste** zeigen Thomas Röper und Felix Feistel auf.

Eingangs des Schwerpunkts zum Krieg, den Israel im **Gaza-Streifen** führt, erinnert Detlef Griesche an die **Vorgeschichte** der jahrzehntelangen Unterdrückung Palästinas durch Israel. Aus dieser Vorgeschichte ergibt sich laut Thomas Kaiser, dass sich heute zwei **hochtraumatisierte Bevölkerungen** gegenüberstehen; das schildern zwei Juden im Interview, die Netanjahu nicht unterstützen. Richard Falk legt uns die englischsprachige **Erklärung** von über 100 Intellektuellen und Politikern aus aller Welt vor, die das Vorgehen Israels klar als Völkermord verurteilt. Karin Leukefeld beleuchtet die **Arbeit der UNRWA in Gaza** und meint, dass eine **Zwei-Staaten-Lösung** in weite Ferne gerückt sei. Dass der Internationale Gerichtshof mit seinem Beschluss den absehbaren **Völkermord** Israels verhindern will, zeigen Patrick Lawrence sowie eine auszugsweise Dokumentation des Urteils auf.

Im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg erinnert Leo Ensel an eine **Breite Koalition der Vernunft**, die es noch vor 9 Jahren gegeben hat. Abschließend würdigen Patrick Lawrence in einem persönlichen Nachruf sowie David Goeßmann und antikrieg.com mit ausgesuchten Beiträgen den verstorbenen Ausnahme-Journalisten **John Pilger**.

- FocusOnline: "**Leistungsgedanke ist abgeschafft**": Ex-Schulleiter rechnet mit Bildungssystem ab

Der ehemalige Schulleiter der Berliner Friedrich-Bergius-Schule, Michael Rudolph, erinnert daran, dass seine Schule von der Schulaufsicht immer schlechte Noten bekam. Diese sei immer sehr irritiert darüber gewesen, "wie leise es in unserer Schule war, und überhaupt hat sie das alles gestört: Die Betonung der Pünktlichkeit, das Wiederholen, das Üben, das galt alles als überholt." [Selbst die überdurchschnittlichen Leistungen der sehr gemischten Schüler seien nicht als Stärke der Schule bewertet worden.](#) "Als wir dann die Schulinspektion fragten: Warum haben Sie die Schülerleistungen nicht als Stärke unserer Schule in Ihren Bericht geschrieben, war die Antwort eines Inspektors: 'Das ist egal'." – Unentschuldigte Fehltage und Zuspätkommen führten an der Schule zur Verpflichtung zu gemeinnützigen Aufgaben, seit Rudolph die Schulleitung übernommen hatte.

- **Digitale Geräte, Sprachfähigkeit und Gesundheit**

Laut einer Datenauswertung der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) stieg die Zahl der Kinder zwischen 6 und 18 Jahren mit Sprachstörungen von 2012 bis 2022 um knapp 60%. Fast jeder zehnte Junge und jedes 15. Mädchen sind inzwischen betroffen. Bei 15- bis 18-Jährigen nahmen die Sprachstörungen sogar um 144% zu, hier bei den Mädchen mehr als bei den Jungen. Als Ursache diagnostizieren die Experten laut Norbert Häring, dass neben den schon immer vorhandenen Auslöser von Sprachstörungen die [übermäßige Nutzung von digitalen Geräten](#) und der damit einhergehende Rückgang der direkten, mündlichen Kommunikation getreten ist. Die Pandemie (bzw. die Pandemiemaßnahmen) hätte dabei als Brandbeschleuniger gewirkt. Nicht nur die Kinder redeten von sich aus weniger. Auch die Eltern und das sonstige Umfeld seien zu sehr mit Smartphones beschäftigt, um mit ihnen zu reden. Die Krankenkasse warnt davor, diese Probleme auf die leichte Schulter zu nehmen. Sprache und Sprechen sind Grundpfeiler für die Entwicklung eines Kindes, sagt Vijitha Sanjivkumar vom Kompetenzteam Medizin der KKH. Denn Sprachkompetenz ist einer der Schlüssel, um Bedürfnisse, Gedanken und Gefühle mitzuteilen, sich die Welt zu erschließen, sie zu verstehen und sozial mitzugestalten.

Angesichts der Krise der psychischen Gesundheit von Teenagern in Form von zunehmender Zahl von Depressionen, Angstzuständen und Selbstverletzungen hält es der Sozialpsychologe Jonathan Haidt für klug, Kindern erst ab der Oberstufe ein Smartphone zu geben und das Mindestalter für die Nutzung von sozialen Medien auf mindestens 16 Jahre anzuheben. Dabei stützt sich Haidt auf die Erfahrung von Lehrern und Verwaltungsangestellten ab, die die Erfahrung gemacht haben, dass es "[eindeutige Zusammenhänge zwischen der zunehmenden Handysucht und der schwindenden psychischen Gesundheit](#)", ganz zu schweigen von sinkenden schulischen Leistungen" gibt.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Jonathan Haidt](#), Jg. 1963, studierte Philosophie, Psychologie und Kulturpsychologie und erforscht u.a. die emotionalen Grundlagen der Ethik. Er [kritisiert die demokratische Entwicklung](#) in den USA, insbesondere an den Hochschulen, hin zu einer institutionalisierten Zensur. (Red.)

- **Carl Bosshard: Finnlands Absturz ist ein Weckruf für die Schweizer Bildungspolitik**

Bei der PISA-Studie von 2000 kam Finnland auf einen globalen Spitzenplatz. Um Finnlands Bildungserfolg selbst zu Erleben reiste auch Carl Bossard damals in den Norden. Was er dort kennenlernte, hatte nichts mit dem zu tun, was in der Schweiz oder in Deutschland als moderne, erfolgsversprechende Lernmethoden gelehrt und in den Schulen eingeführt wurde. [Im damaligen Finnland gab es flächendeckend geleiteten und gemeinsamen Unterricht im Klassenverband und direkte Instruktion](#). Doch nach 2000 griffen auch in Finnland nach und nach die Bildungsreformen hin zu Lerncoaches, selbstgesteuertem Lernen, Kompetenzorientierung. Zwischen 2003 und 2012 verlor Finnland 25 PISA-Punkte, d.h. den Lernerfolg eines ganzen Schuljahres. 2022 sind die erreichten Ergebnisse für Finnlands Bildungsminister "sehr besorgnis-erregend". Laut Bosshard begann der Bildungsabsturz also mit dem Wirken der Reformen.

[Carl Bossard](#), Jg. 1949, Studienabschluss in Schweizer Geschichte und Pädagogik, berufsbegleitender Abschluss als Gymnasiallehrer; Schullektor, Gründungsrektor einer Pädagogischen Hochschule, Lehrbeauftragter; Hauptinteresse an bildungspolitischen und gesellschaftlich-historischen Fragen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **PISA – Grundsätzliche Einordnung durch Bildungsexperten**

Der Mathematikprofessor Rainer Kaenders erklärt im Interview, warum [PISA selbst das größte Desaster der deutschen Bildungslandschaft](#) ist und nicht das vermeintlich schlechte Abschneiden der Schüler. Seit 2000 greife die Wirtschaftsorganisation OECD mit PISA u.a. in das deutsche Bildungswesen ein, nachdem angeblich der mathematische Bildungsstand mit Aufgaben abgefragt wurde, die nichts mit den deutschen Lehrplänen zu tun hatten, und daher die Schüler desaströs abschnitten. Seit diesem PISA-Schock werde dem einst vorbildlichen deutschen Bildungssystem durch "letztlich anti-auflärerischen Bildungsvorstellungen" Schaden zugefügt. Die von PISA etablierte Output- und Kompetenzorientierung gehe völlig an der Bildungsidee von Humboldt vorbei, die ein soziales, freies und gebildetes Individuum zum Ziel hatte. "Das ist etwas völlig anderes als die Verwendbarkeit eines Menschen als Humankapital." Der Leistungsbegriff und die Motivation aus innerem Antrieb gibt es nun nicht mehr. Das, was die Schüler machen, soll immer von außen kommen und mit Hilfe von Psychotechniken soll den Schülern das Gefühl vermittelt werden, dass sie kompetent seien, in Gemeinschaften eingebunden seien und das Ganze freiwillig tun. Die Motivation durch die Welt, durch die Sache selbst ist nicht gefragt. Vor PISA sollte es die Schule "ermöglichen, dass sich Motivation an der Welt entzünden kann, und nicht auf Psychotechniken setzen" sollte. Das Ergebnis von außen aufgestülpter Motivation sei, dass den Erstsemestern die elementarsten Dinge in Geometrie, Algebra oder Bruchrechnung fehlen. Bei PISA gut abzuschneiden, heißt laut Kaenders nicht, dass eine gute Bildungspolitik gemacht werde.

Ähnliche Einordnungen und Warnungen bzgl. PISA werden schon seit Jahren geäußert, aber von den Bildungspolitikern nicht wahrgenommen. Laut den Hochschullehrern Silja_Graupe und Jochen Krautz spielt die OECD seit den 1960er Jahren nach eigenen Angaben "eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Indikatoren zu Bildungsleistungen". Sie will damit "die staatliche Bildungspolitik nicht nur bewerten, sondern auch zu ihrer Gestaltung beitragen". In Peer-Reviews [Gutachten] wie PISA sieht die OECD den "effizientesten Weg, Einfluss auf das Verhalten souveräner Staaten auszuüben", wohl wissend, dass ihr dieser Einfluss nicht zusteht. Den Plan hierzu fasste sie im Jahre 1961 bei einer in Washington einberufenen Konferenz "Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand", um alle tradierten Vorstellungen außer Kraft zu setzen bzw. [in Ländern wie Deutschland eine kulturelle Entwurzelung vorzunehmen](#). Der Mensch soll nicht mehr lernen, sich in Verantwortung für die Gemeinschaft seine eigenen Maßstäbe zu setzen, sondern "die Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen

steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken." Der Anspruch, den Menschen an die Erfordernisse der gültigen Wirtschaftstheorie anzupassen, widerspricht dem Grundanspruch an Bildung in einem demokratischen Rechtsstaat, zur Mündigkeit zu befähigen, und damit auch dem Bildungsauftrag, wie ihn die Länderverfassungen in Deutschland normieren. Sie ist laut Graupe und Krautz genau genommen Propaganda.

Der Professor für Mathematikdidaktik Wolfram Meyerhöfer legt in einem Interview dar, [dass PISA dumm macht](#), tatsächlich etwas misst, was bedeutungslos ist, und die dort verwendeten Kompetenzstufenmodelle Unfug seien. PISA diene nur dazu, "dass die Institution Schule zukünftig in stärkerem Maße wirtschaftlichen Interessen zuarbeitet". Deutschland sollte laut Meyerhöfer schlecht abschneiden. – Wolfram Meyerhöfer und Thomas Jahnke diskutieren und kritisieren in ihrem Buch "[PISA und Co. Kritik eines Programms](#)" die wissenschaftlichen Grundlagen, Implikationen und Deutungen von PISA & Co.

Volker Ladenthin kritisiert PISA grundsätzlich: Zum einen messe PISA die deutschen Schulen nicht an den Kriterien, die in Verfassung, Schulgesetzgebung und Lehrplänen als Ziele derselben vorgegeben sind. Zum anderen habe PISA [eigenmächtig fremde, nicht vorab demokratisch verabredete Kriterien für das, was gute Bildung sein soll, eingeführt](#). PISA gehe es nicht darum, Voraussetzungen für angemessene Löhne und gerechte Teilhabe aller am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand zu schaffen. Für PISA zähle der Mensch nur noch das, was er auf dem Arbeitsmarkt wert ist: Seine Beschäftigungsfähigkeit, seine Ausbeutbarkeit. PISA gefährde unser Bildungssystem!

Für Matthias Burchardt, der seine Einschätzung im Interview darlegt, ist [PISA wissenschaftlich fragwürdig und politisch an Partikularinteressen orientiert](#). Wer darauf Empfehlungen zur Vergrößerung von Schulklassen oder zur Entlohnung von Lehrern aufbaue, handele wider bessere Einsicht und gegen das Allgemeinwohl. Es sei mehr als absurd, aus einer derart verzerrten und interessierten Darstellung der Bildungswirklichkeit irgendwelche politischen Handlungen abzuleiten.

Auch für den Grundschulpädagogen Hans Brügelmann gilt: "[Nicht PISA, sondern die Fixierung auf PISA und der Umgang mit Daten ist das Problem](#)".

[Rainer Kaenders](#) lehrt an der Universität Bonn Mathematik und Didaktik. (Red.)

[Silja Graupe](#), Jahrgang 1975, ist Professorin für Ökonomie und Philosophie sowie Leiterin des Instituts für Ökonomie und Vizepräsidentin an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues an der Mosel. (Red.)

[Jochen Krautz](#), Jg. 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften, promovierte in Kunstpädagogik; von 2008 bis 2013 Professor für Kunstpädagogik und Kunstdidaktik an der Alanus-Hochschule in Alfter, seit 2013 Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal; seit 2010 Beiratsmitglied in der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen'. (Red.)

[Wolfram Meyerhöfer](#), Jg. 1970, lehrte von 2009 bis 2020 als Professor der Fachgruppe Didaktik der Mathematik an der Universität Paderborn und arbeitet seit 2020 als Lehrer im Schulzentrum am Stern in Potsdam. (Red.)

[Volker Ladenthin](#), Jg. 1953, ist ein deutscher Erziehungswissenschaftler. Er lehrte von 1995 bis 2019 als Hochschulprofessor für Historische und Systematische Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn. (Red.)

[Matthias Burchardt](#) Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie an der Universität zu Köln und stellvertretender Geschäftsführer der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.'; entschiedener Kritiker der Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna. (Red.)

[Hans Brügelmann](#), Jg. 1946, ist ein deutscher Bildungsforscher, Grundschulpädagoge und Schriftsprachdidaktiker. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zu Didaktik und Pädagogik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Roberto De Lapuente: **Wissen ist mehr als verarbeitete Information**

Laut dem Mathematiker und Hochschulprofessor Bernhard Krötz will das WEF (Weltwirtschaftsforum) mit der "großen Transformation" einen modernen Sozialismus Wirklichkeit werden lassen. Dieser Sozialismus sei dadurch geprägt, dass die Menschen "nichts mehr besitzen und glücklich sein" werden. Die Erziehung soll vollständig unter Kontrolle eines allmächtigen Staates liegen. Bei der gewollten "Bildung für nachhaltige Entwicklung" gehe es nicht mehr um menschliches und natürliches Wachstum. Neben Frühsexualisierung und Sprengung der natürlichen Geschlechterrollen sei KI (Künstliche Intelligenz) angesagt. Alles werde vollständig kontrolliert und gesteuert, Politik und die Macht der Konzerne sollen verschmelzen. Das ist für Krötz "Faschismus".

Diese [Agenda des WEF teile die Bertelsmann-Stiftung "vollumfänglich"](#), die seiner Meinung nach nicht gemeinnützig ist und seit dem Bologna-Prozess und dem PISA-Schock, d.h. seit ca. 25 Jahren, systematisch in das Bildungssystem eingreife. Bertelsmann sei, so Krötz im Interview mit Roberto de Lapuente, mitverantwortlich, dass Wissen zur Information verkommen und an die Stelle der ursprünglichen Lehrpläne "inhaltsleere Kompetenzorientierung" getreten sei.

Und genau diese Bertelsmann-Stiftung hat eine Studie herausgebracht, laut der in den kommenden Jahren deutlich mehr Grundschullehrer zur Verfügung stehen würden, als von der Politik berechnet. Schon ab dem kommenden Jahr sei [angeblich mit einem Überschuss an Grundschullehrern zu rechnen](#). Laut Bertelsmann laufen Lehramtsstudenten Gefahr, Teil eines Überangebots zu werden.

[Roberto J. de Lapuente](#), 1978 geboren, ist gelernter Industriemechaniker und betrieb von 2008 bis 2016 das Blog "ad sinistram". Er ist Mitherausgeber des Weblogs "Neulandrebell" und seit 2012 regelmäßiger Kolumnist beim 'Neuen Deutschland'. (Red.)

[Sabine Menkens](#), Jahrgang 1969, Diplom-Volkswirtin, ist seit 2014 Redakteurin im Ressort Politik bei der 'Welt'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Manfred Kölsch: **Der Digital Services Act (DSA)**

Am 16.11.2022 ist die Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.10.2022 über den Binnenmarkt für digitale Dienste (Digital Services Act – im Folgenden DSA genannt) in Kraft getreten. Sie gilt spätestens ab 17.02.2024 unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat in erster Linie für "sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen" (Art. 33 Abs. 4, Art. 92, 93 Abs. 2 DSA). Für Manfred Kölsch hat die EU-Kommission im DSA ["bewusst eine demokratische Fassade errichtet, hinter der sie die Axt an fundamentale Grundsätze der Demokratie legt"](#). Entgegen allen verbalen Bekenntnissen verstößt sie gegen Art. 11 der EU-Grundrechtecharta, Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Art. 5 GG. Der DSA stellt selbst ein systemisches Risiko für die Meinungs- und Informationsfreiheit und die so oft beschworenen sog. europäischen Werte dar." Denn dem Überprüfen von Plattform-Inhalten auf Desinformation fehle "weitgehend die inhaltliche Begrenzung", da die zugrunde liegenden Begriffe nicht dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebot genügen.

Die so geschaffene Unschärfe werde beim Nutzer "die Befürchtung aufleben lassen, ins Visier der Kontrolleure zu geraten". Zudem sei die Überwachungsverpflichtung präventiv angelegt, wozu der Generalanwalt des EuGH sagt: "Vorbeugende Maßnahmen zur Informationskontrolle gelten im Allgemeinen zwar als besonders gravierende Eingriffe in das Recht auf freie Meinungsäußerung, da sie ausufern können. In einer demokratischen Gesellschaft werden solche vorbeugenden Maßnahmen grundsätzlich abgelehnt, weil sie durch die Einschränkung bestimmter Informationen

schon vor deren Verbreitung jede öffentliche Debatte über den Inhalt verhindern und damit die Meinungsfreiheit ihrer eigentlichen Funktion als Motor des Pluralismus berauben."

Für Kölsch wird das Problem durch Auslagerung der Kontrolle an die Plattformanbieter verschärft, die nationalstaatlich von einem 'Koordinator für digitale Dienste' (KdD) beaufsichtigt werden. Diesem KdD ist Zugang zu den Daten und allen Räumlichkeiten zu gewähren, "um eine mutmaßliche Zuwiderhandlung (...)" untersuchen und sicherstellen zu können. Mit dem KdD wird in Deutschland den Bundesländern die Medienaufsicht de facto entzogen. Der KdD unterliegt den Durchsetzungsbefugnissen der EU-Kommission. Kölsch macht darauf aufmerksam, dass die von den Plattformanbietern genutzte Technik der automatischen Inhaltserkennung laut EuGH im Einzelfall "eine grundsätzlich verbotene automatisierte Entscheidung" darstellt. D.h. es braucht flächendeckend zivilgesellschaftliche Zuarbeiter als "vertrauenswürdige Hinweisgeber" die vom KdD zu zertifizieren sind. Laut Kölsch wird mit dem DSA "wissentlich das von Art. 11 der EU-Grundrechtecharta, Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Art. 5 GG garantierte Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit ausgehöhlt".

[Manfred Kölsch, Jahrgang 1939, ist Richter im Ruhestand und Vorstandsmitglied von KRiStA. Er hat das Bundesverdienstkreuz aus Protest gegen die staatlichen Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie zurückgegeben.](#) (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Demokratieförderung?

Die unzähligen und massenhaften Demonstrationen gegen rechts, die von der Correctiv-Aufklärung veranlasst wurden, werden in dem "Zwischenruf" von Christian Fischer vom 08.02.2024 in einen Zusammenhang mit anderen regierungsfreundlichen Absichten und Kampagnen der politischen Propaganda gestellt. [Seit einem Jahr soll ein Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht werden](#), mit dem politische Initiativen im Sinne des Mainstreams mit hunderten Millionen Euro unterstützt werden sollen. Noch ist das Gesetz nicht in Kraft. Aber es weist in dieselbe Richtung, in der auch die "Bürgerräte" und die Aktivitäten der Recherche-Firma 'Correctiv' tätig sind. Beide werden nicht nur bereits heute mit öffentlichen Geldern gefördert, sondern hinter beiden Akteuren stehen auch massive Summen aus privaten Stiftungen der Medienbranche, die hier an den demokratischen Institutionen vorbei politisch Einfluss nimmt.

Norbert Häring fragt: Ist man eigentlich noch bei klarem Verstand, wenn man behauptet, dass es die Demokratie fördert, wenn die Regierung per 'Demokratiefördergesetz' ermächtigt und beauftragt wird, [Geld an behördlich ausgewählte 'zivilgesellschaftliche' Organisationen zu geben](#), damit diese Oppositionsparteien und oppositionelle Medien bekämpfen? Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser dringt nun laut 'Welt' vor dem Hintergrund des Kampfes gegen den Rechtsextremismus auf eine schnelle Verabschiedung des von ihr vorgelegten Demokratiefördergesetzes. Der Gesetzentwurf sieht laut Häring vor, dass die behördlich auszuwählenden (§7) Organisationen dabei unterstützt werden, "vage bis gar nicht definierte Untaten zu bekämpfen", wie Hass und Hetze im Netz, Desinformation, Verschwörungsideologien, Wissenschaftsleugnung und Delegitimierung des Staates. Aber, so Häring, "viele dieser Begriffe lassen sich mit Kritik an der Regierung oder Widerspruch gegen Regierungsnarrative übersetzen, was die zugrundeliegenden Aktivitäten zu Kernbestandteilen einer funktionierenden Demokratie macht". Häring fühlt sich an die DDR erinnert und mahnt: "Demokratie ist, wenn die Regierungspolitik sich nach den Wünschen der Bürger richtet. Regierungspropaganda ist, wenn die Regierung die Wünsche der Bevölkerung im Sinne der eigenen Ideologie und Politik manipuliert. Sie dient der Aushöhlung von Demokratie, nicht der Bewahrung."

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

Norbert Häring, Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Jens Berger: Aufstand der Anständigen? Oder doch eher Doppelmoral?

Jens Berger findet: "[Wenn in einer Demokratie die Menschen nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Opposition auf die Straße gehen](#), so ist dies ein merkwürdiger Vorgang. Noch merkwürdiger wird das Ganze, wenn es dabei vordergründig um vermeintliche Pläne der Opposition geht, Ausländer aus Deutschland abzuschieben, und die Bundesregierung genau einen Tag vor den Massendemonstrationen selbst ein Gesetzespaket eingebracht hat, dass das 'Abschieben im großen Stil' (O-Ton Bundeskanzler Scholz) erleichtert. Man könnte hier auch von Doppelmoral sprechen. Die SPD, die seit Monaten immer neue und härtere Maßnahmen zur Ausweisung von Ausländern diskutiert, organisiert nun Demos gegen eine Oppositionspartei, die das fordert, was in der SPD längst als politische Strategie anerkannt ist, um sich die Stimmen von ebenjener Oppositionspartei zurückzuholen. Die Verlierer sind vor allem Flüchtlinge und Einwanderer, auf deren Rücken ein politischer Kampf ausgetragen wird, der eigentlich gar nichts mit ihnen zu tun hat."

Sahra Wagenknecht erwartet von den Massendemonstrationen gegen rechts keine Schwächung der AfD, da diese stark geworden sei, "[weil die Politik in Berlin so katastrophal ist](#)".

Jens Berger, Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der [NachDenkSeiten](#); schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Worum geht es wirklich bei den Bauernprotesten?

Sehr breit greift Thomas Röper das Thema der Bauernproteste auf, die ja nicht nur in Deutschland stattfinden. So protestieren die Bauern u.a. in den Niederlanden gegen die von der Regierung gewollte Schließung von 3'000 Höfen und Reduzierung von Nutztieren, in Belgien gegen existenzgefährdende Regelungen. "Die Kürzungen, gegen die die deutschen Bauern derzeit protestieren, fügen sich dabei in das Gesamtbild ein, das man in fast allen Ländern des kollektiven Westens beobachten kann." Argumentiert wird für das Höfesterben mit klimaschädlichen Abgasen und Stickstoff. Die WHO bringt zusätzlich das Argument der Krankheitslast. [Basis sind die bis 2030 umzusetzenden "nachhaltigen Entwicklungsziele" der UNO](#) (Sustainable Development Goal, SDG), auch 'Agenda 2030' genannt, die von den Stiftungen sogenannter "Philanthropen" global vorangetrieben werden. Laut Röper verfolgen diese dabei u.a. das Ziel, die Kontrolle über den Agrar- und Lebensmittelsektor zu bekommen, was durch das Höfesterben und den Verkauf von deren Land an die Agrarkonzerne vollzogen werden soll.

Röper schildert einen beispielhaften Ablauf: "Die Stiftung eines westlichen Oligarchen, von den Medien liebevoll 'Philanthrop' genannt, schiebt ein Projekt an, finanziert es mit einigen Millionen, danach sind die westlichen Regierungen davon ganz begeistert und steuern ein Vielfaches (oft sogar das Hundertfache) an Steuergeldern bei. Diese Gelder kontrolliert damit der Oligarch, der das Projekt aus der Taufe gehoben hat. Zur Umsetzung solcher Projekte muss immer irgendetwas gekauft werden (Impfstoffe, Medikamente, Saatgut, etc.) und natürlich werden diese Dinge dann

bei Firmen gekauft, an denen der Oligarch beteiligt ist oder die ihm ganz gehören. Mit einem relativ kleinen finanziellen Einsatz lenkt der Oligarch also ein Vielfaches an Steuergeldern in seine eigene Tasche."

Die Bundesregierung finanziert so z.B. 31 Projekte und Programme der Gates-Stiftung mit 3,8 Mrd. Euro, auch im Bildungs- und Agrarbereich. So bestimmt Bill Gates bei Lehrplänen von Schulen und Universitäten mit und ist in Milliardenhöhe im Agrarsektor tätig. Gates hat in vielen Ländern Ackerland übernommen, deren Pächter gezwungen werden, "auf genmanipuliertes Saatgut von Monsanto umzusteigen". So wird die Marktmacht in wenigen Händen konzentriert, es kommt zu Nahrungsmittelmonopolen, wie Röper am Beispiel Ukraine darstellt. Das Prinzip der Organisation von Macht durch Stiftungen und Oligarchen wird nicht nur im Agrarsektor, sondern z.B. auch bei der digitalen Identität (Geburtsregistrierung, Identität, Patientenakte) in globalem Umfang betrieben.

Nordgriechische Landwirte haben sich den europaweiten Bauernprotesten angeschlossen und wollen die wichtigste Ost-West Autobahn in Nordgriechenland blockieren. Ein griechischer Landwirt, dessen Biobetrieb 2023 als bester in der EU ausgezeichnet wurde, sagte, die neuen Maßnahmen der GAP (Gemeinsamen Agrarpolitik) der EU hätten die [Einnahmen aus pflanzlichen und tierischen Produkten um durchschnittlich 52% reduziert](#). Französische Landwirte haben am 26.1.2024 die Autobahn zwischen Paris und Lille und weitere wichtige Zufahrtstraßen nach Paris blockiert und damit Staus in der Hauptstadtregion ausgelöst. Die Proteste in Frankreich werden weitergehen, auch wenn die französische Regierung einige Zugeständnisse in Aussicht gestellt hat. In Belgien protestieren die Landwirte ebenfalls, indem neben Protesten auf der Autobahn vor allem an Standorten von Agrar- und Lebensmittelkonzernen, wie Danone und Supermärkte wie Carrefour, agiert wird.

Auch wenn das britische System etwas anders funktioniert wie das europäische GAP, fühlen sich [die Bauern Großbritanniens nicht gerecht behandelt](#), kämpfen um ihre Existenz und gehen dafür auch auf die Straße. Peter F. Mayer führt die detaillierten Gründe für die Proteste auf.

In der Nacht zum 01.02.2024 haben [Tausende Bauern mit Landwirtschaftsdelegationen aus Frankreich, Belgien, Spanien, Italien und Portugal vor \[dem EU-Parlamentsgebäude\] in Brüssel](#) kampiert. Die Stadt steht still, schon 230 Kilometer Stau um 8 Uhr morgens. Der Bauernprotest richtete sich laut dem EU-Abgeordneten Martin Sonneborn gegen "zu niedrige Einkommen, Inflation, überbordende EU-Bürokratie, Anhäufung unsinniger Normen, Konkurrenzdruck durch Mercosur, explodierende Treibstoffkosten. Zu hohe Bier- und Dönerpreise!" Und dies, obwohl die Polizei viele Bauern außerhalb der Hauptstadt aufzuhalten versuchte.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den "Blog für Science & Politik" (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das 'profil' tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Thomas Oysmüller](#), Jg. 1990, studierte Philosophie und Sozialwissenschaften, ist freier Journalist und arbeitete früher beim deutschen Online-Radio detektor.fm, einige Jahre bei zackzack.at sowie für kleinere Zeitungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Felix Feistel: **Sturm im Wasserglas**

Die bei den Bauernprotesten hörbare Forderung, die Ampelregierung solle zurücktreten, ist nach Felix Festel eine gefährliche Verkürzung der Umstände, die den Landwirten zu schaffen machen. Die Politik der letzten Jahre sei nur der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe. Aber mit der Wahl einer anderen Regierung würden sich nach Festel die Umstände nicht ändern, denn die Landwirte, wie alle anderen Menschen auch, würden [unter dem Diktat der Marktmächte leiden](#). So würden die Discounter und Supermärkte zugunsten ihrer Profite die Preise diktieren. Preise, die die Erzeugungskosten kaum mehr decken. Das zwingt die Bauern zur Erhöhung der Produktion, zu größeren Anbauflächen, zu mehr Dünger, zu mehr Pestiziden, zum Anbau von Energiepflanzen u.a.m. – so wachse die Abhängigkeit von Krediten, von Chemiekonzernen und von Investoren, die landwirtschaftliche Flächen und Betriebe aufkaufen.

Neuerdings wollen US-Megakonzerne Laborfleisch auf den Markt bringen und warten nach Festel darauf, bis die herkömmlichen Landwirtschaftsbetriebe durch die Umstände in hinreichender Zahl aufgegeben haben. Hinter diesem Umbau der Landwirtschaft sieht Festel große Investoren wie BlackRock und Oligarchen wie Bill Gates, die versuchen würden, auch die Lebensmittelverteilung unter ihre Kontrolle zu bringen. Hierbei gehe es primär um Macht, Kontrolle und Geld. Wer dem im Weg stehe, müsse verschwinden. Und Festel kann nicht erkennen, dass eine der etablierten Parteien, der Bauernverband und etliche der Landwirtschaftslobbyisten in Deutschland sich dem derart agierenden kapitalistischen System entgegenstellen würden – genauso wenig, wie sie sich gegen Krieg, gegen digitale Diktatur, gegen den Klassenkampf von oben wehren.

[Felix Feistel](#), Jahrgang 1992, studierte Völker- und Europarecht arbeitet als freier Journalist und Autor und als Traumatherapeut. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Georg Maria Vormschlag & Detlef Griesche: **Gaza-Kontext: 70 Jahre israelischer Terror**

Auf der Demonstration "Free Palestine! Free Gaza!" der Palästinensischen Gemeinde Bremen am 17.12.2023 wurde von Detlef Griesche (Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. auf Bundesebene) [explizit auf den im politischen und medialen Kontext verschwiegenen Kontext hingewiesen](#), in dem sich die Geiselnahme der Hamas am 07.10.2023 ereignete: "... seit über 70 Jahren [geschehen] in der Westbank und in Jerusalem eine völkerrechtswidrige Besatzung mit immer mehr Siedlungsbau, Landraub, Plantagen- und Hauszerstörungen [...], sowie tausendfache Verhaftungen ohne ordnungsgemäße Gerichtsverfahren". Siedler terrorisieren die einheimische Bevölkerung und haben "in den letzten Jahren ebenfalls tausende Palästinenser getötet und verletzt". Die Lebensmöglichkeiten der arabischen Bevölkerung werden dort immer weiter eingeschränkt. Griesche und die von ihm vertretene Gesellschaft fordern, das Bombardement und Töten durch einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand zu beenden, ernsthafte Verhandlungen für einen gerechten Frieden aufzunehmen, Besatzung und Landraub im Westjordanland zu beenden sowie die Unterstützung von Israel mit Rüstungsgütern aus den USA und Deutschland sofort einzustellen. Die Kriegsführung Israels in Gaza mache ein Überleben der Zivilbevölkerung auf Dauer unmöglich und verletze das humanitäre Völkerrecht massiv. Die Gewalt und das Töten von Zivilisten durch alle beteiligten Seiten sei zu verurteilen, aber eben nicht einseitig.

[Georg Maria Vormschlag](#), Jg. 1952, studierte fotografische Gestaltungs- und Bildkünstlerische Kompositionslehre sowie Foto- und Fotolabortechnik. Er ist immer wieder auf Ausstellungen präsent. (Red.)

[Detlef Griesche](#), Jg. 1942, ist Politikwissenschaftler und Politiker. Er war von 1982 bis 1991 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Er hatte etliche Funktionen in der früheren Gewerkschaft verdi, der AWO und der SPD und ist Vorsitzender der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Bremen seit 1989. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Kaiser: **Palästina/Israel: "Zwei hochtraumatisierte Bevölkerungen stehen einander gegenüber"**

Die in der Schweiz lebenden Juden Jochi und Anjuska Weil, für die Netanjahu nicht in ihrem Namen spricht, machen im Interview darauf aufmerksam, dass es für Israel zwei ethische Grundlagen, die Thora und die Erklärung der Menschenrechte, gibt. Aber die [Beachtung der Gleichwertigkeit und der Gleichberechtigung sei seit der Staatsgründung Israels ein ganz schwieriges Problem gewesen](#). Israel sei ein Fremdkörper in der Levante geblieben, da man sich nicht an die Vorgabe von Martin Buber, sich wie Gäste zu benehmen, gehalten habe. Um heute wieder Gespräche zwischen Arabern und Juden in Israel aufnehmen zu können, empfehlen die Beiden den Palästinenser Marwan Bargouti als Gesprächspartner aus dem israelischen Gefängnis zu entlassen. Aber sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich Juden und Palästinenser als "zwei hochtraumatisierte Bevölkerungen" gegenüberstehen. Man müsse bedenken, dass ein Merkmal von Traumatisierung fehlende Empathie für andere sein kann.

[Inhalt](#) ↑

- Richard Falk: **Erklärung des Gewissens und der Besorgnis globaler Intellektueller zum Völkermord in Gaza**

Über 100 Prominente haben eine "Erklärung des Gewissens und der Besorgnis globaler Intellektueller über den Völkermord in Gaza" abgegeben, in der sie das Vorgehen Israels im Gazastreifen ebenfalls als Völkermord bezeichnen. Angesichts der in der Erklärung dargestellten Entwicklung in Gaza [fordern die Unterzeichner "unmissverständlich einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme diplomatischer Verhandlungen](#) unter respektierter und unparteiischer Schirmherrschaft, die darauf abzielen, Israels lange und verbrecherisch missbräuchliche Besatzung des Gazastreifens, des Westjordanlandes und Ostjerusalems zu beenden. Dieser Prozess muss das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes uneingeschränkt respektieren und den einschlägigen UN-Resolutionen gebührend Rechnung tragen." Am Ende des Artikels sind die Namen aller Unterzeichner aufgelistet. – Übersetzungshilfe [DeePL](#) (Red.)

[Richard Falk](#), Jg. 1930, ist Jura-Professor für Völkerrecht an der Princeton University und Autor. Falk war von 2008 bis 2014 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für "die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Autonomiegebieten". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Israel will die UNRWA ausschalten – schuldig – bis zum Beweis des Gegenteils**

Im November 2019 wurde bekannt, dass der damalige und heutige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wegen Korruption vor Gericht muss. Dass Justizministerium hatte mitgeteilt, dass Netanjahu wegen Betrugs, Untreue und Bestechlichkeit angeklagt werde. Seine damaligen Regierungspartner standen geschlossen hinter ihm. Er ist der

Ministerpräsident des Staates Israel, und es gilt für ihn die Unschuldsvermutung, sagte Verteidigungsminister Naftali Bennett. Karin Leukefeld zeigt ein Beispiel von Doppelmoral auf, indem sie darauf verweist, dass für das UN-Hilfswerk zur Unterstützung und für Arbeit palästinensischer Flüchtlinge (UNRWA) Artikel 11 der Internationalen Menschenrechtskonvention in Sachen Unschuldsvermutung offensichtlich nicht gelten soll.

Mit der Kampagne gegen die UNRWA tue Israel das Gegenteil dessen, was der IGH (Internationale Gerichtshof) erwartet, dass nämlich Israel im Gazastreifen dafür zu sorgen hat, die humanitäre Hilfe der dort in Not befindlichen Menschen zu verbessern. Nach Leukefeld könnte die Unterstützung Israels, einschließlich der Streichung der Finanzunterstützung der UNRWA, den Straftatbestand des Völkermords erfüllen. Dabei seien die Vorwürfe gegenüber der Hilfsorganisation noch gar nicht bewiesen, eine Untersuchung noch nicht einmal begonnen. Der Zeitpunkt der Aktion gegen die UNRWA in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bescheid des IGH, die Klage Südafrikas gegen Israel anzunehmen, belegt laut Leukefeld, dass die Aktion ein politisches Manöver ist. Dabei gibt es laut der UN-Koordinatorin für den Gazastreifen, Sigrid Kaag, keine Alternative zur UNRWA mit deren 13'000 Mitarbeitern im Gazastreifen und deren lebensrettende Unterstützung für die 2,3 Millionen Palästinenser, die dort seit fast vier Monaten um ihr Überleben kämpfen. Laut Leukefeld [werde die UNO und ihre Hilfsorganisationen seit Beginn der massiven israelischen Angriffe attackiert](#). Es gebe auch Hinweise darauf, dass der Entzug der Gelder für die UNRWA nichts mit Vorhaltungen gegen Mitarbeiter der Organisation zu tun habe. 152 UNRWA-Mitarbeiter, teilweise mit ihren Familien, seien bei israelischen Raketen- und/oder Bombenangriffen seit dem 7. Oktober 2023 getötet worden. Von 22 medizinischen Versorgungszentren der UNRWA im Gazastreifen, sind nur noch vier funktionsfähig.

Zum Schluss ihres ausführlichen und detaillierten Berichts schreibt Leukefeld: Die 'Zweistaatenlösung' allerdings, an die viele Palästinenser in den 1990er-Jahren noch glauben wollten, ist angesichts der 17-jährigen Abriegelung des Gazastreifens, der anhaltenden Verhinderung ökonomischer Entwicklung Palästinas und der massiven Landnahme durch extremistische Siedler im Westjordanland in weite Ferne gerückt. Israel ist nicht an einem gleichberechtigten Staat Palästina interessiert, wie die jüngsten Äußerungen von Politikern und Militärs in Israel zeigen, die eine Vertreibung der Menschen aus Gaza in die Sinai-Wüste und aus dem Westjordanland nach Jordanien propagieren. Das israelische Kriegskabinet billigt die Zerstörung jeglicher zivilen Infrastruktur im Gazastreifen, und Minister der Netanyahu-Regierung präsentieren öffentliche Pläne, den Gazastreifen neu zu besiedeln. Die Staaten, die Israel angesichts dieser Politik weiter unterstützen, haben seit Jahrzehnten nichts für die Durchsetzung eines Staates Palästina getan. – Israel verweigert den Palästinensern ihr Recht auf Rückkehr nach Palästina, und es verweigert das Recht auf Kompensation für ihre verlorenen Lebensgrundlagen, wie es die UN-Generalversammlung 1948 mit ihrer Resolution 194 festgelegt hatte.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Patrick Lawrence: **Die Palästinenser haben in Den Haag gewonnen**

Patrick Lawrence fasst in seinem Beitrag zusammen, [was in Den Haag wirklich beschlossen wurde](#) zu dem israelischen Vorgehen in Gaza. Ein abschließendes Urteil über die Völkermordfrage war von Südafrika zwar nicht kurzfristig verlangt worden und wird selbstverständlich noch weitere Untersuchungen erfordern. Verlangt worden war, dass Israel auf seinem jetzigen Weg gestoppt wird – und das hat der Internationale Gerichtshof (IGH) eindeutig beschlossen. Der IGH fasste diesen Beschluss, um den absehbaren Völkermord zu verhindern und Israel zu verpflichten, binnen eines Monats Rechenschaft über sein verändertes Vorgehen zu geben – denn es steht fest, dass

die derzeitigen israelischen Aktivitäten zu einem Völkermord führen, wenn sie fortgesetzt werden. Aber es ist offensichtlich Israels Absicht, diesen falschen Weg zu gehen, so wie es schon seit 75 Jahren seinen eigenen Weg geht, ohne die Beschlüsse der internationalen Völkergemeinschaft zu beachten. Mit dem jetzigen Beschluss in Den Haag, so stellt Lawrence fest, können Israels Verbrechen aber nun als das bezeichnet werden, was sie sind. – [Die wesentlichen Forderungen des IGH](#) hat Zeit-Fragen übersetzt.

Israel hat sich der Gerichtsbarkeit des IGH eigentlich nicht unterworfen. Südafrika nutzt jedoch – wie beispielsweise auch die Ukraine in ihrem Verfahren gegen Russland – den "Umweg" über Art. 36 Abs. 1 Alt. 2 des IGH-Statuts in Verbindung mit einer sogenannten kompromissarischen Klausel in einem völkerrechtlichen Vertrag, welche [die Zuständigkeit des IGH begründet](#). Art. IX der Völkermordkonvention bestimmt den IGH als zuständiges Gericht für Streitigkeiten über die Anwendung und Erfüllung der Konvention zwischen Vertragsstaaten, zu denen sowohl Israel als auch Südafrika zählen.

[Patrick Lawrence](#), langjähriger Auslandskorrespondent, ist vor allem für die 'International Herald Tribune' und als Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent tätig. Sein jüngstes Buch ist "Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert". (Red.)

[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Leo Ensel: Plädoyer für eine parteiübergreifende internationale "Breite Koalition der Vernunft" für Deeskalation im Neuen West-Ost-Konflikt**

Leo Ensel stellt das 2015 u.a. von Egon Bahr, Antje Vollmer und Michail Gorbatschow verfasste [Konzept "Breite Koalition der Vernunft" für eine 'Friedensbewegung 2.0'](#) erneut zur Diskussion, da diese Friedensbewegung aktuell noch vermisst wird. Die Ausgangssituation war der sich ausbildende kriegsrische Konflikt in der Ukraine verbunden mit dem Sichtbarwerden einer neuen Spaltung Europas und eines neuen Wettrüstens sowie einer immer ausgefeilteren staatlichen Propaganda zur Manipulation der öffentlichen Meinung. Da der Neue West-Ost-Konflikt Ausdruck einer erneuten geopolitischen Rivalität zwischen dem Westen (USA/EU) und Russland sei, könne er – zusammen mit den durch ihn verursachten Sekundärkonflikten wie dem gegenwärtigen Krieg in der Ukraine – auch nur durch einen allseitigen grundsätzlichen Politikwechsel, d.h. durch die Beendigung des wechselseitigen Nullsummenspiels gelöst werden. "Es bedarf also einer 'Breiten Koalition der Vernunft und Deeskalation', die sich der wechselseitigen Logik der Eskalation verweigert und sich ihr entgegenstemmt, um langfristig den Weg zu ihrer Überwindung zu bereiten." Diese Koalition müsse länderübergreifend in den jeweiligen Gesellschaften wieder eine Vertrauensbasis schaffen. Primär und kurzfristig sei die Politik der Eskalation zu stoppen und Schadensbegrenzung zu betreiben. Mittelfristig müsse sich die Koalition für eine neue Entspannungspolitik einsetzen. Letztlich sei die vollständige Überwindung der (alten und neuen) Spaltung Europas in Gestalt des Neubaus des Gorbatschow'schen "Gemeinsamen Hauses Europa – von Lissabon bis Wladiwostok" als einer Ost und West überwölbenden politischen, ökonomischen und militärischen Architektur zusammen mit einer neuen transatlantischen Sicherheitsstruktur anzustreben.

[Leo Ensel](#) ist Konfliktforscher, interkultureller Trainer und Autor etlicher Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Würdigung des Journalisten John Pilger

Patrick Lawrence würdigt in einem Nachruf den verstorbenen Journalisten John Pilger. Demnach hat Pilger in vielen Jahrzehnten rund um die Welt beobachtet, recherchiert und berichtet. Er war stets und bis zuletzt auch gegen Widerstände als unabhängiger, ehrlicher und mutiger Mensch unterwegs, der ein hohes Ethos als Journalist pflegte wie man es kaum noch anderswo antrifft. [Viele Verbrechen der US-Politik hat er unbestechlich aufgedeckt](#) und beleuchtet. Lawrence schildert ihn nicht nur in seiner professionellen Biografie, sondern auch als zuverlässigen Menschen, der unermüdlich zum Beispiel auch Julian Assange unterstützt hat.

Der australische Journalist und Dokumentarfilmer John Pilger ist am 30.12.2023 im Alter von 84 Jahren gestorben, nachdem er Jahrzehnte umfassende investigative Arbeit geleistet hatte. Seine unnachahmlichen Vorort-Reportagen waren zugleich Anklagen gegen die, die die Verwüstungen zu verantworten hatten, inklusive der Medien, die Kriege aktiv oder durch Wegschauen legitimierten. Mit Kamera und Mikrofon ging er zu den Opfern der Bombardierungen und Invasionen und gab ihnen damit eine Stimme, die weltweit gehört wurde. David Goeßmann veröffentlicht zum Gedenken Pilgers letztes Essay ([Teil 1](#), [Teil 2](#)), in dem er vor dem Schweigen warnt, "das von einem Konsens der Propaganda erfüllt ist, der fast alles, was wir lesen, sehen und hören, vergiftet". Er warnt auch vor dem Schweigen der Einschüchterung. Er zieht in gewisser Weise ein Resümee: "Heute ist Kriegsunterstützung durch die Medien eine Hauptaufgabe des sogenannten Mainstream-Journalismus, die an das erinnert, was ein Nürnberger Staatsanwalt 1945 derart beschrieb: 'Vor jedem großen Angriff, mit einigen wenigen Ausnahmen aus taktischen Gründen, wurde eine Pressekampagne gestartet, die darauf abzielte, den Gegner, die Opfer herabzusetzen und das deutsche Volk psychologisch vorzubereiten. ... Im Propagandasystem ... waren die Tagespresse und der Rundfunk die wichtigsten Waffen.' Einer der stärksten Stränge im US-amerikanischen politischen Leben ist ein kultischer Extremismus, der sich dem Faschismus nähert."

Die Seite Antikrieg.com würdigt John Pilger, indem sie einen seiner Artikel zur Propaganda bringt, in dem Pilger heute die Gesellschaften vor der damit beabsichtigten, heimtückischen und unerbittlichen Gehirnwäsche warnt. Pilger legt dar, dass es in den von den USA angezettelten und auf Lügen beruhenden Kriegen um Profit geht, weshalb manche der von Pilger angesprochenen Kriege auch "ewig" dauern. In Erinnerung an Julian Assange, den Hillary Clinton am liebsten mit einer Drohne gekillt hätte, [fragt Pilger, wann echte Journalisten und Schriftsteller aufstehen werden](#). Denn die Dringlichkeit, "dass diejenigen, die 82 Jahre lang in der offiziellen Version des letzten Weltkriegs gebadet haben, ihre Unabhängigkeit erklären und die Propaganda entschlüsseln" ist größer denn je.

[Patrick Lawrence](#), langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die International Herald Tribune, ist Medienkritiker, Essayist, Autor und Dozent. Sein jüngstes Buch: "Time No Longer: Americans After the American Century". Seine Website: [Patrick Lawrence](#). Unterstützen seiner Arbeit über seine [Patreon-Seite](#). Sein Twitter-Konto, @thefloutist, wurde ohne Angabe von Gründen dauerhaft zensiert. (Red.)

[David Goeßmann](#), Jg. 1969, freier Journalist und Produzent des unabhängigen Nachrichtenmagazins Kontext TV. Von 2005 bis 2007 agierte er als freier Auslandskorrespondent in den USA für den ARD-Hörfunk, Spiegel Online und Die Welt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑